

Aktuelles Beispiel des 14-jährigen Said aus Abu Dis (südöstlich von Jerusalem)Vorgeschichte:

Am 28. August 2012 wurde der 14-jährige Said Ali Qiblawi auf dem Weg zur Apotheke in einen Militärjeep gesteckt, geschlagen und verwundet - dies, weil es in einiger Entfernung zu Krawallen kam. Nach zwei Stunden wurde er zum Geheimdienst nach Male Adumin gebracht; dieser musste die Eltern informieren, weil Said noch minderjährig ist. Dies geschah.

Die Eltern hatten die Wahl, Said bis zum Gerichtsverfahren Ende Januar 2013 im Gefängnis zu lassen oder SFr. 790.- (3'000 IS) als Kaution zu bezahlen, um ihn vorläufig nach Hause zu nehmen. Dank eines kleinen privaten Hilfswerks konnte die Kaution geleistet werden. Das Gerichtsverfahren sollte am 30.01. 2013 stattfinden, wurde aber viermal verschoben. Dafür musste die Familie jedesmal Transportkosten SFr. 368.-* (1'400 IS) und Zeit aufbringen. *inklusive Röntgenaufnahme wegen evtl. Rippen-Verletzungen

Erstes Urteil:

Das Urteil lautete wegen angeblichen Steinwürfen: 8 Monate Gefängnis unbedingt und weitere 2 ½ Jahre Gefängnis bedingt. Eine solche Strafe hätte bedeutet, dass Said danach 16 Jahre alt sein wird, also erneut ohne Anschuldigung verhaftet und eventuell in Administrativhaft gesetzt werden könnte. Der Anwalt erreichte, dass Said frei kam, indem eine erneute Kaution von SFr. 1400.- (5'320 IS) durch dasselbe Hilfswerk bezahlt wurde. Die bedingte Strafe wurde auf ½ Jahr reduziert.

In der Nacht des 29./30. Mai 2013 wurde Said (inzwischen 15-jährig) um 02.30 Uhr aus dem Bett geholt und erneut verhaftet, wie auch drei seiner Klassenkameraden. Saims Vater Ali hatte das Gefühl, dass sich viele von den zwanzig ins Haus eindringenden Soldaten fast schämten, als sie sahen, wen sie da festnehmen mussten. Said sieht immer noch viel jünger aus. Nur mit Mühe konnte verhindert werden, dass auch der 12-jährige Bruder mitgehen musste. In der gleichen Nacht wurden ungefähr zwanzig Jugendliche festgenommen. Said war sechs Tage in Untersuchungshaft. Ihm wurde die Teilnahme an einer grösseren Demonstration vorgeworfen. Das erneute Gerichtsverfahren wurde auf den 4. Juni 2013 festgelegt. Dieser Termin wurde ebenfalls zweimal verschoben.

Zweites Urteil:

Diesmal lautete das Urteil: 2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre bedingt. Dank Saims Anwalt von DCI und der sofortigen Zahlung einer weiteren Kaution von SFr. 1'500 (5'700 IS) wurde der Jugendliche frei gelassen. Ein weiteres Verfahren wurde auf den 7. Juli 2013 angesetzt.

Die bisherigen Totalkosten für Kautionen, Fahrten etc., inklusive medizinischer Behandlung, machen mittlerweile: SFr. 4'058.-. (ca. 15'420 IS) aus.

Das Verfahren wird nach Auskünften des Anwalts nochmals aufgerollt. Es droht eine Verschärfung des Urteils.

Gekürzter Bericht von Diet Koster, wohnhaft in Jerusalem / Aizaria

Kommentar

- Verhaftungen und Prozedere solcher Art bewirken für die ganze Familie und weitere Angehörige eine schwere Belastung. Sie führen in manchen Fällen dazu, dass Schritte zur Auswanderung in Betracht gezogen und umgesetzt werden. Dies ist eine indirekte Form der Vertreibung von Palästinensern.
- Die Bezahlung einer Kaution können viele palästinensische Familien ohne externe Hilfe nie aufbringen.
- Es ist nicht verwunderlich, dass die geschilderten Umstände junge Menschen in den Extremismus treiben. Seit 1948 wird ein grosser Teil einer jeden Generation gefährdet.
- Von Israel beschlossene Verbesserungen für militärgerichtliche Verfahren gegenüber Kindern und Jugendlichen in den besetzten Gebieten werden in der Praxis kaum angewendet. Die israelische Regierung wird seit langem mehrfach aufgefordert, rasch faire Jugendgerichts-Verfahren umzusetzen, insbesondere auch sicherzustellen, dass es nicht zu Misshandlungen von Kindern und Jugendlichen kommt (Siehe DCI-Empfehlungen vom 25. Juni 2013 (S. 11) im Bericht „Palestinian children detained in the Israeli military court system“). > S.3

Bericht von „Defense for Children international (DCI)“ vom 25. Juni 2013: „Palestinian children detained in the Israeli military court system“ (Seite 11 / Zeitraum: 1.1. – 31.12.2012)

Schlussbemerkungen :

53. Die eidesstattlich gesicherten Berichte über palästinensische Kinder in israelischer Militärhaft zeigen auf, dass Misshandlungen weit verbreitet und systematisch sind. Die kumulativen Folgen, welche alle betroffenen Kinder erfahren haben, müssen bei der Beurteilung der Schwere der Misshandlungen in Betracht gezogen werden. In einigen Fällen müssten diese kumulativen Wirkungen, verbunden mit dem Kindesalter, korrekterweise als Folter kategorisiert werden. Wichtig ist festzuhalten, dass sowohl Misshandlung wie Folter verboten sind und nach internationalem Recht als kriminell einzustufen sind.
54. Die meisten Kinder in israelischer Militärhaft werden aus Dörfern festgenommen, die nahe bei Konfliktzonen (friction points) liegen, namentlich bei Siedlungen, die nach internationalem Recht illegal sind, sowie bei Strassen, die durch das israelische Militär oder durch Siedler benutzt werden.
55. Kürzliche Verbesserungen der militärischen Verordnungen die Kinder betreffend haben kaum Einfluss auf ihre Behandlung während den ersten kritischen 48 Stunden nach der Verhaftung, während welchen die meisten Misshandlungen durch Soldaten, Sicherheitsleute und Vernehmungsbeamte geschehen.

Empfehlungen

56. Kein Kind sollte durch ein Militärgericht strafrechtlich verfolgt werden, welches kein insgesamt faires Prozedere gewährleisten kann und dem jugendgerichtliche Standards fehlen. Die Organisation (DCI-Palästine) empfiehlt als mindeste Schutzvorkehrung – im Licht von beständigen Berichten über Folter und Misshandlung – das Folgende:
 1. Alle Verhaftungen von Kindern sollten während Tagesstunden erfolgen, ausgenommen in extremen und ungewöhnlichen Situationen.
 2. In allen Fällen sollten Plastik-Hand-Fesseln und Augenbinden verboten sein. Das Verbot müsste effektiv durchgesetzt werden.
 3. Alle Kinder müssten Zugang zu einem Anwalt ihrer Wahl haben, sowohl dem Verhör vorausgehend als auch während der Befragung.
 4. Allen Kindern sollte erlaubt sein, dass ein Familienmitglied während allen Befragungen dabei sein kann.
 5. Ausnahmslos sollten die Verhöre durch Video aufgezeichnet werden.
 6. Ausnahmslos muss ausgeschlossen werden können, dass in Militärgerichten Aussagen auf Grund von Folter oder Misshandlung zustande kommen.
 7. Wenn ein Kinde nicht angemessen über sein/ihr Recht zur Aussageverweigerung informiert wurde, muss eine belastende Aussage während der Befragung vor dem Militärgericht gegenstandslos sein.
 8. Die Praxis der Isolationshaft und der Administrativhaft von Kindern muss sofort eingestellt werden, und das Verbot muss im Gesetz festgeschrieben werden.

Benutzte Unterlagen – Gefangenen-Statistik

Sowohl die israelischen NGOs B'Tselem und MachsomWatch, ebenso die palästinensischen Organisationen DCI (3), IMEMC (4) und Adameer (5) belegen laufend mit Dokumenten, unter welchen Umständen Kinder und Jugendliche militärische Verfahren erleiden. Zu den Verhafteten gehören nicht nur 16- 18-jährige, sondern oft auch jüngere, gar erst 5-12-jährige. Die Durchschnittszahlen von monatlich gefangen genommenen Jugendlichen sind laut Adameer: 2008 > 319, 2009 > 353, 2010 > 290, 2011 > 204, 2012 > 190, 2013 > 195 (Januar –Juli / laut DCI). Jährlich gibt es etwa 700 militärgerichtliche Verfahren gegen minderjährige Palästinenser.

Der UNICEF-Bericht mit dem Titel „Children in Israeli Military Detention – Observations and Recommendations“ (6) belegt die Missstände umfassend und unmissverständlich.

Abgeordnete des Deutschen Bundestags verurteilen in einem Bericht die Haft von Jugendlichen deutlich. Sie nennen die Zahl von 200 minderjährigen Palästinensern in israelischer Haft (5).

3 Defense for Children international / 2 International Middle East Media Center

4 Prisoner Support and Human Rights Association

5 UNESCO-Bericht , Februar 2013,

Link:http://www.unicef.org/oPt/UNICEF_oPt_Children_in_Israeli_Military_Detention_Observations_and_Recommendations_-_6_March_2013.pdf

6 Deutscher Bundestag / Antrag, 24.10.2012, Drucksache 17/11166 (17. Wahlperiode)

Die Verantwortlichen der unterzeichneten Organisationen sind über die skizzierten, belegten Tatsachen sehr betroffen und überzeugt, dass die bisher erfolglosen Ermahnungen durch westliche Regierungen – einschliesslich der Schweiz – ungenügend sind. Es handelt sich um einen gravierenden Aspekt des Palästina-Israel-Konflikts, betrifft er doch Kinder und Jugendliche.

Unterstützende Organisationen: Acat Schweiz; medico international; Frauen für den Frieden, CH; Stiftung für internationale Strafreform, St. Gallen; Gesellschaft Schweiz Palästina (GSP); Palästina-Solidarität Basel; Berner und Zürcher Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel / Palästina; Verein Gerechtigkeit und Frieden in Palästina (GFP) Bern; Kampagne Olivenöl aus Palästina, Zürich; Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz ReSos; Café Palestine, Zürich; Schweizerischer Friedensrat; cfd Die feministische Friedensorganisation; Collectif Urgence Palestine – Vaud; Verein humanrights.ch; horyzon; Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina, JVJP.

Initiantinnen / Initianten: Frauen für den Frieden, Gruppe Biel; Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel / Palästina

Kontakt: berner.mahnwache@gmx.ch

Die Berner Mahnwache ist eine Bewegung von Frauen und Männern, die eintreten für ein besseres Verständnis der Konfliktsituation und Lösungsansätze aufzuzeigen suchen, z.B. mittels Flyern und Veranstaltungen. Die Mahnwache findet jeden zweiten Freitagmittag im Monat statt (Gründung November 1997). Die Bewegung wird durch die Berner Fachstelle OeME begleitet (Ökumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn).